

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 888 848 ppbn d
Telefax: 21 06 64

Inhalt

Dr. Dieter Spöri MdL
zur Notwendigkeit einer
modernen Einwande-
rungspolitik: Zuzugs-
steuerung nach Län-
derquoten.

Seite 1

Horst Sielaff MdB zur
Nacht- und Nebel-Ak-
tion gegen die Berliner
PDS-Zentrale: Eine tö-
richte Aktion, die der
Demokratie geschadet
hat.

Seite 3

Dokumentation

Der Vorstand der baya-
rischen SPD hat eine
Analyse der Landtags-
wahlen vom 14. Ok-
tober vorgelegt. Die
Analyse im Wortlaut
(Teil II und Schluß).

Seite 4

45. Jahrgang /203

23. Oktober 1990

Zuzugssteuerung nach Länderquoten

Zur Notwendigkeit einer modernen Einwanderungspolitik

Von Dr. Dieter Spöri MdL

Vorsitzender der SPD-Fraktion im Landtag von Baden-Württemberg
Mitglied des SPD-Parteivorstandes

Deutschland ist faktisch zu einem Einwanderungsland geworden. Daß dieser Sachverhalt politisch nicht ausgesprochen, ja verdrängt wird, verhindert eine Einwanderungspolitik, die mit einer umfassenden Konzeption die Zuwanderung entsprechend unserer Aufnahmefähigkeit - insbesondere des Wohnungsmarktes - steuert. Diese Steuerung des Zuzugs ist notwendig, weil bei 2,5 Millionen fehlenden Wohnungen im vereinigten Deutschland die Zuwanderung von weit einer Million Menschen jährlich zu einem immer stärkeren Konkurrenzkampf um knappe Wohnungen und unlösbaren Unterbringungsproblemen im kommunalen Bereich führt. Wer nicht will, daß dieser soziale Konflikt zu wachsender Fremdenfeindlichkeit führt und daß die Akzeptanz für das Grundrecht auf politisches Asyl verloren geht, muß politisch handeln.

Dabei ist es völlig unglaublich, die Fehlentwicklungen auf den Asylbereich einzugrenzen und die Unterbringungsprobleme bei Aussiedlern zu verschweigen.

Die Wahrheit ist, daß wir bundesweit viermal so viel Aussiedler wie Asylbewerber unterbringen müssen, wobei die Gruppen ineinander übergehen. Wer nicht als Aussiedler anerkannt wird, beantragt politisches Asyl.

Wir brauchen eine moderne Einwanderungspolitik, die an drei Punkten ansetzt, um den Zuzug insgesamt auf unsere tatsächliche Aufnahme- und Integrationsmöglichkeiten zu begrenzen. Ich schlage folgendes Drei-Säulen-Konzept für eine kontrollierte Einwanderungspolitik vor:

- Erstens: Wir dürfen die Armutswanderung nicht weiter in das Asylverfahren drängen. Deshalb, und das ist der Kern des Konzepts, muß über den Personenkreis hinaus, der ein Bleiberecht nach Verfassung oder Flüchtlingskonvention hat - in diesem Jahr wären das 150.000 bis 200.000 von circa einer Million Zuwanderern in der Bundesrepublik - eine begrenzte legale Einwanderung erlaubt sein. Die legale Einwanderung muß nach Länderquoten kontingentiert werden.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
inkl. zuzügl. MwSt und Versand.

Vervielfachen Sie gerne
mit einem Reklamier-
Kopiergerät



Entscheidend dabei ist, Anträge auf legale Einwanderung können nur gestellt werden, wenn nicht vorher ein offensichtlich unbegründeter Asylantrag gestellt wurde.

Bei einem ernsthaften Risiko, im Falle der Ablehnung des Asylantrags ohne Bleiberecht zurückkehren zu müssen, wird bei wirtschaftlichen Wanderungsmotiven der Antrag auf legale Einwanderung attraktiver werden, selbst wenn man einige Jahre warten muß.

Nur dann werden kriminelle Schlepperorganisationen ihren Markt verlieren, weil das Asylrecht als Schlupfloch der Armutswanderung unattraktiv wird.

Zweitens: Der Daueraufenthalt von Aussiedlern und Asylbewerbern muß noch konsequenter auf diejenigen beschränkt werden, die durch Verfassung oder Genfer Flüchtlingskonvention wirklich aufenthaltsberechtigt sind.

Das heißt: Die Zuwanderung von Aussiedlern als deutsche Staatsangehörige muß auf jene Personen beschränkt werden, die wirklich entsprechend Artikel 116 GG unter echtem Vertriebungsdruck stehen und nicht nur unter "fiktivem" Vertriebungsdruck.

Abgelehnte Asylbewerber, die nicht aufgrund der Genfer Flüchtlingskonvention Bleiberecht haben, müssen in ihre Heimat zurückkehren. Dieser Grundsatz muß jetzt noch stärker gegenüber osteuropäischen Ländern beachtet werden, nach dem dies der sogenannte Ostblockerfaß bis vor kurzem verhindert hatte.

Natürlich führt eine konsequentere Abschiebung in den osteuropäischen Raum mit schlechteren Lebensverhältnissen zu menschlichen Härten.

Aber wir können das Grundrecht auf politisches Asyl in Artikel 16 GG ohne grundgesetzliche Einschränkungen nur bewahren, wenn es nicht immer mehr praktisch zum Rechtstitel für wirtschaftlich motivierte Zuwanderung wird.

- Drittens: Eine verstärkte Rückkehr derjenigen, die kein Aufenthaltsrecht haben, muß mit gezielten Hilfen zur Verbesserung der Lebensbedingungen der Zurückkehrenden in den Herkunftsregionen gekoppelt werden.

Nordrhein-Westfalen will hier in Rumänien und Jugoslawien einen beispielhaften Anfang machen, der für andere Bundesländer nachahmenswert wäre.

Wenn man davon ausgeht, daß dieses Jahr 150.000 bis 200.000 Zuwanderer nach Verfassung und Genfer Flüchtlingskonvention ein dauerhaftes Bleiberecht haben, kämen bei einer jährlichen Begrenzung der legalen Einwanderung nach Länderquoten auf zusätzlich 50.000 bis 100.000 Personen nach einer Übergangsphase - bis das neue Einwanderungskonzept greift - nur noch höchstens 250.000 Zuwanderer in die Bundesrepublik. Zum Vergleich: Das Einwanderungsland USA hat pro Jahr insgesamt ein Zuwanderungskontingent von 131.000 Personen festgelegt.

Wenn wir dem Druck millionenfacher Ost-West-Wanderung nicht eine solche moderne Einwanderungspolitik entgegensetzen, die den Zuzug gesellschaftlich verkraftbar steuert, wird dieses Problem zu einem schlimmen politischen Sprengsatz in unserem Land. Diese Probleme werden sich jetzt noch verschärfen, wenn aufgrund der Umstellungsschwierigkeiten auf marktwirtschaftliche Prozesse und Liberalisierung des Reiserechts in Osteuropa der Druck der Armutswanderung von Ost nach West zunehmen.

Gewiß: Der wachsende Wanderungsdruck wird erst nachlassen, wenn durch eine Öffnung der EG für die bisherigen Comecon-Länder die Menschen dort eine wirtschaftliche Perspektive haben.

Aber wir sollten keine Illusionen wecken: Diese Perspektive greift nicht kurzfristig. Was wir jetzt für eine Übergangsphase brauchen, ist eine Steuerung des Zuzugs - abgestimmt auf die tatsächliche Aufnahmefähigkeit unseres Landes, insbesondere des Wohnungsmarktes. Ansonsten werden wir eine neue Völkerwanderung erleben.

Die ungesteuerte Amtszuwanderung ist genausowenig eine Lösung wie ein ergebnisloses Verfassungspalaver an einem Zipfel des Gesamtkomplexes, nämlich bei Artikel 16 Grundgesetz.

Das hier vorgeschlagene Einwanderungskonzept basiert auf zwei moralischen Grundprinzipien:

- Politisch Verfolgte und Flüchtlinge als Angehörige gefährdeter, drangsaliierter Minderheiten müssen uneingeschränkt Bleiberecht haben, ob Asylbewerber oder Aussiedler.
- Bei der Frage wer darüber hinaus im Rahmen legaler Einwanderungsquoten zu uns kommt, sollte das Kriterium, ob jemand sich in vierten oder fünften Glied auf seine Deutschstämmigkeit in früheren Generationen beruft, keine Rolle mehr spielen. Diese Variante germanischer Stammbaumpflege sollte eingestellt werden.

(-/23. Oktober 1990/rs/fr)

Eine törichte Aktion, die der Demokratie geschadet hat
Zur Nacht- und Nebel-Aktion gegen die Berliner PDS-Zentrale

Von Horst Sielaff MdB

Wasser auf die Mühlen der PDS hat der Berliner Staatsanwalt geleitet, der die Durchsuchung der Parteizentrale der SED-Nachfolgeorganisation letzten Freitag Nacht angeordnet hat.

Die Gleichbehandlung der Parteien aus der ehemaligen DDR muß selbstverständlich sein; unabhängig wie man zu den Zielen der jeweiligen Partei steht. Dieser demokratische Konsens hat sich bisher durchgesetzt und bewährt. Nach der Nacht-und-Nebel-Aktion gegen die PDS-Parteizentrale hat diese Partei Anlaß genug, von Polizeistaatsmethoden zu sprechen und auf Solidaritätseffekte zu setzen.

Wie konnte es angehen, daß eine Hausdurchsuchung ohne richterlichen Durchsuchungsbefehl stattfand?

Was ist da noch "verhältnismäßig", wenn eine Hundertschaft Polizisten in Kampfanzügen mitten in der Nacht in das Parteigebäude eindringt und es durchsucht?

Die Immunität von Abgeordneten darf nicht, je nach Parteizugehörigkeit, einmal mehr, einmal weniger Gültigkeit haben. Immunität der Abgeordneten und Verhältnismäßigkeit der Mittel sind Rechtsstaatsprinzipien, die auch als Lehren aus totalitärer Geschichte gezogen wurden.

Gerade jetzt, zu Beginn der neuen staatlichen Existenz des geeinten Deutschlands, sind Rechtsstaatlichkeit und die Einhaltung der demokratische Rechtsordnung oberstes Gebot.

Eine törichte Aktion, die der Demokratie geschadet hat.

(-/23. Oktober 1990/rs/fr)

DOKUMENTATION

Analyse der bayerischen Landtagswahl 1990

(Teil II)

Der Vorstand der bayerischen SPD hat eine Analyse erarbeitet, die wir im Wortlaut dokumentieren.

3. Personalangebot

Nach allen Umfragen meinen die meisten Bayern, die Bayern-SPD hätte keine Persönlichkeiten zu bieten. Dieser Eindruck ist nach 33 Jahren Opposition nicht ungewöhnlich. Umso gründlicher und sorgfältiger müßte die Bayern-SPD ihr (beachtliches) Personalangebot herausstellen.

Ein (qualifizierter) Spitzenkandidat allein genügt dafür bei weitem nicht.

Der Spitzenkandidat war 1986 und 1990 der gleiche. Er hatte aufgrund seiner vierjährigen Tätigkeit als Fraktionsvorsitzender 90 zweifellos einen noch höheren Bekanntheitsgrad. Das spricht eher für einen höheren Mobilisierungsgrad, mit Sicherheit für keinen geringeren. Das müßte sich dann aber besonders in seinem Stimmkreis Erlangen-Stadt manifestiert haben. Dort sank die Wahlbeteiligung mit -3,8% gegenüber -4,1% aber nur knapp unterdurchschnittlich. Der SPD-Erststimmenzuwachs lag indessen bei +0,7 %, also immerhin 2,2% über Landestrend. Das ist die 16. Rangstelle unter 104 Stimmkreisen und spricht durchaus für eine positive persönliche Wirkung des Spitzenkandidaten.

Allerdings könnte bei einem Ausgangswahlergebnis von 27,5 Prozent und einer satten absoluten Mehrheit der Konkurrenz die zu starke Herausstellung eines Spitzenkandidaten - und damit ja einer "Ministerpräsidentenalternative" statt einer Phalanx qualifizierter und bekannter bayerischer Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten und - eher komisch denn mobilisierend gewirkt haben (siehe Kritik).

Das gesamte Personalangebot der Bayern-SPD hat sich durch jüngere Erstbewerber/innen und vor allem durch Frauenkandidaturen in 21 von 104 Stimmkreisen deutlich verbessert. Von einer dynamischen Verjüngung, die auf Erst- und Jungwähler eine besonders mobilisierende Wirkung ausgeübt hätte, oder von einem breiten Angebot von Frauenkandidaturen kann nicht die Rede sein.

Persönlichkeit, Darstellungsvermögen und Fleiß eines Kandidaten/einer Kandidatin drücken sich vor allem in Erststimmenergebnissen aus (die aber auch von der Stärke oder Schwäche konkurrierender Kandidaten oder - wie rund um die WAA und in Augsburg von regionalen Besonderheiten abhängen). Hier reicht bei einem Landesdurchschnitt von -1,3 die Schwankungsbreite immerhin von +3,5% (Freyung-Grafenau) bis -11,9% (Schwandorf) - und, sieht man von den beiden WAA-geschädigten Stimmkreisen ab, bis -5,7% (Augsburg-Stadt-Ost) und -5,6 (Weiden). soll man bei künftiger Kandidatenauswahl darauf zurückkommen dürfen oder werden nach wie vor Platzmieten vergeben?

4. Geringes Reizklima zugunsten der Bayern-SPD

Die CSU hat bewußt und entgegen seriöser Umfragen die drohende Gefahr ihres Absinkens unter die 50%-Grenze an die Wand gemalt und gleichzeitig immer wieder von 50% + X ge-

sprochen. Nicht zuletzt hat sie stets von epochalen Schicksalswahlen gesprochen. Damit hat sie insgesamt den Eindruck erweckt, es gehe im Zusammenhang mit der CSU wirklich um etwas. Das hat für die CSU-Randwählerschaft mit Sicherheit mobilisierend gewirkt.

Die FDP hat um ihren Wiedereinzug, die REPs haben um ihren Einzug in den Landtag, also um den Sprung über die 5%-Hürde gekämpft. Bei ihrer Randwählerschaft ging es um etwas.

Die Bayern-SPD hat aus guten Gründen offiziell kein eigenes spektakuläres Wahlziel ausgegeben. Sie wollte die CSU unter 50% bringen. Damit sind wir der CSU und deren Strategie fördernd entgegengekommen. Im Gegensatz zu NRW, wo die SPD an der Alleinregierung bleiben wollte, und im Gegensatz zu Niedersachsen, wo sie ein Mandat vom Erfolg weg war, ging es für die Bayern-SPD ums Stärkerwerden, sonst ums nichts Existentielles. Das reicht für Spannung nicht aus. Denn stärker will jede Partei werden. Die Bayern-SPD wollte weder reinkommen, noch drohte sie rauszufallen noch bestand die wirkliche Chance einer Regierungsbeteiligung oder gar -übernahme. Es ging hinsichtlich der SPD um nichts.

Demoralisierend für unsere Randwähler hat sich andererseits der im Zusammenhang mit der Mülldebatte aufgekommene Eindruck ausgewirkt, die Bayern-SPD erstrebe mit der CSU eine Große Koalition. Der Eindruck, die SPD wolle die CSU vom hohen Roß herunterholen, um ihr dann prompt als Steigbügelhalter zu dienen, mußte demobilisierend wirken. Insoweit hat die verunglückte Strategie in Sachen "Müll" weit über dieses Thema hinaus eine schädliche Wirkung entfaltet. Wähler haben den Eindruck gehabt, daß wir die Bißkraft einer Opposition verloren hatten.

Auch bei den Grünen ging es weder um den Einzug noch ums Überleben noch ums Mitregieren. Deshalb konnten auch die Grünen keine Spannung erzeugen. Der Versuch der Grünen, sich in der letzten Wahlkampfphase der SPD gesund zu stoßen, gestartet nach der rot-grünen Koalition in München, wirkte nur komisch und kostete wahrscheinlich beiden Seiten Stimmen.

5. Überlagerung des Landtagswahlkampfes

Der Vorgang der deutschen Vereinigung, die damit verbundene Euphorie, aber auch die mit der deutschen Einheit verbundenen Sorgen und Probleme haben bis kurz vor dem 14.10.1990 die gesamte landespolitische Thematik überlagert und schier erdrückt. In der Deutschlandpolitik hatten wir uns (auf Bundesebene) nach langem Schwenk und erheblichen strategischen Widersprüchen keine Kompetenz erworben, sondern einen Vertrauensschwund erlitten. Das mußte sich auch nachteilig auf unser Wahlergebnis in Bayern auswirken. Die CSU konnte mit ihrer deutschlandpolitischen Kompetenz, verbunden mit "Bayerisch wählen" den Spagat zwischen "Deutschland gestalten und Bayern bewahren" herstellen. Wir sind der CSU also mit unserem Slogan direkt in den "Farbtopf" gefallen, wie das so ist, wenn Sozialdemokratie krampfhaft einen Weg zwischen Konservieren und Gestalten suchen.

Stärken der CSU

Unsere Schwäche spiegelt immer auch die Stärke des Hauptgegners CSU wider. Die CSU verfolgte im Landtagswahlkampf folgende erfolgreiche Strategie:

1. Mobilisierung durch "Sorge um Regierungsmehrheit".
2. Deutschlandpolitische Kompetenz durch Waigel.
3. Streibl als guter Landesvater
4. "Bayerisch wählen"
5. Wohnungspolitische Scheinaktivität gegen offene Flanke.

6. Notnagel "Asyl" zur Befestigung wackelnder Stammtische.

Wir hatten dem nichts Grundlegendes entgegensetzen:

1. Die Mobilisierung zu unseren Gunsten ist gescheitert.
2. Deutschlandpolitisch hatten wir einen schlechten Stand
3. Gegen den "Landesvater" mit Amtsbonus fällt jeder Spitzenkandidat glanzlos ab.
4. Gegen das starke "Bayerisch wählen" wirkte unser "Bajuwarismus" nur dilettantisch und komisch. Hier waren wir die Billigkopie.
5. Mit unserer Wohnungspolitik haben wir die CSU strategisch wenigstens ins Schwitzen gebracht.
6. Dem Notnagel "Asyl" haben wir diesmal widerstanden - aber leider nicht konsequent genug und wahlkampftechnisch höchst unvollkommen.

Asythema

Das Asythema hat ohne Zweifel weniger für die CSU gezogen als 1986. Wir konnten allenfalls größere Einbrüche abwehren aber dieses Auswärtsspiel natürlich nicht gewinnen. Nutznießer der CSU-Hetze sind eindeutig die REPs.

Das ergibt die Wahlanalyse im Stimmkreis München-Giesing mit dem neben Zimdorf größten bayerischen Übergangsheim für Asylbewerber mitten in der Stadt, einem zentralen Thema im ganzen Stimmkreis. Unser Kandidat Klaus Hahnzog ist ja das gerade Gegenteil eines "Asylhetzers":

CSU -4,8%

SPD +1,6%

REP +3,7%

Klaus Hahnzog gewinnt bei einem Zweitstimmenverhältnis von 39,9% CSU zu 32,7% SPD den Stimmkreis gegen Erich Kiesel (CSU) mit 35,3% zu 37,2%. Ein Phänomen, das Mut macht.

(-/22. Oktober 1990/rs/fr)
